



Einreicher:

Fraktion Die Andere

Betreff:

Bargeld für Flüchtlinge

Erstellungsdatum 08.01.2003

Eingang 02: _____

Datum der Sitzung: _____

Inhalt:

Am 07.01.2003 beschloß die Landesregierung, den Runderlaß des Sozialministeriums aufzuheben, der die Landkreise und kreisfreien Städte verpflichtet, Sozialleistungen für Asylbewerber/innen in Form von Wertgutscheinen zu gewähren. Damit ist es der Stadt Potsdam künftig freigestellt, Flüchtlingen die ohnehin abgesenkten Sozialhilfesätze wieder in Bargeld auszusahlen.

In der Potsdamer Stadtverordnetenversammlung gibt es eine große Mehrheit für die Überwindung des diskriminierenden Sachleistungsprinzips. Im "Lokalen Aktionsplan für Toleranz und Demokratie gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit für die Landeshauptstadt Potsdam" wird bei den Maßnahmen zur Veränderung der strukturellen Bedingungen von Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung die Abschaffung des Gutscheinsystems als Einzelmaßnahme Nr. 38 ausdrücklich aufgezählt.

Dazu fragen wir den Oberbürgermeister:

Wann ist mit der Überwindung des Gutscheinsystems in Potsdam zu rechnen?

Unterschrift